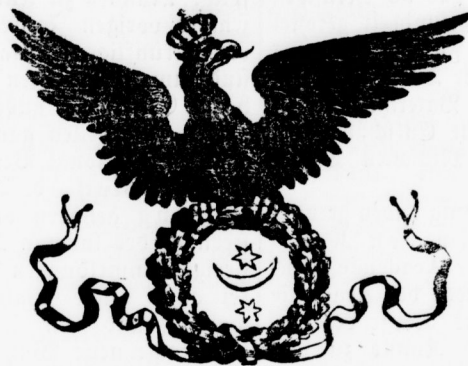


vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von P. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 21.

Halle, Freitag den 26. Januar
Hierz zu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Halle, d. 26. Januar. Das abgelaufene Jahr hat sein Andenken in der Geschichte des deutschen Volkes verewigt. Es hat Thaten ausgeführt, durch die es sich von jedem andern Zeitabschnitte unterscheidet. Mit gespannter Erwartung sahen wir seit März dem Gange der Entwicklung zu; wir hofften, daß der patriotische Geist unseres Volkes die Gunst des Augenblickes erfassen und das zur Ausführung bringen werde, wozu sich dasselbe seit langen Jahren mit brennendem Verlangen gesehnt hat. Wir hofften, wir erwarteten, was wir wünschten: ein reiches Schöpfungsjahr, ein Jahr des Segens. Bei den ewigen Gestirnen war es anders beschlossen. Das Jahr war ein Jahr der Verwüstung und des Fluches. Alles was an Leichtsinne, Unwissenheit, Frivolität, Unsittlichkeit, Gleisnerei, Eitelkeit, Selbstsucht, Treulosigkeit, Wortbruch und Verrath sich in den Winkeln unsres Vaterlandes versteckt hielt, stürmte mit Einem Male, wie die entfesselten bösen Geister der Hölle in das erwachende öffentliche Leben herein, um die guten Entschlüsse des edlern Theiles der Nation beim Aufbau der neuen Ordnung zu hindern und in unseliger Verwirrung der Begriffe und Bestrebungen, der Absichten, Zwecke und Handlungen den Wohlstand des Volkes unübersehbarer Verwüstung preiszugeben. Versuchen wir nur einen ungefähren Blick über den Umfang der Verluste zu gewinnen, die der Wohlstand des Landes ohne irgend eine Entschädigung erlitten hat. Die Verheerungen, welche Berlin seit März betroffen hat, kennen wir durch die Zeitungen; sie betragen 45 bis 50 Mill. Thaler, und Wien hat einen Schaden von 31 Mill. Fl. erlitten. Viel größer sind aber die Verluste, die das vergangene Jahr unserm ganzen preussischen Vaterlande zugefügt hat. Betrachten wir zunächst den Werth der wirtschaftlichen Grundstücke. In manchen Gegenden ist derselbe um die Hälfte gesunken, durchgängig aber um 20 Prozent oder um ein Fünftel. Nehmen wir aber nur an, daß die Werthe von Grund und Boden im ganzen preussischen Staate nur um 1/10 oder 10 Prozent gesunken seien, so erhalten wir eine bedeutende Summe. Der Werth des Grund und Bodens beträgt über 4 tausend Millionen und davon der zehnpromtente Verlust 400 Millionen Thaler. Der Werth der Häuser in der ganzen Monarchie ist gesunken; in

Berlin sind Häuser für 1/4, ja für 1/6 ihres frühern Werthes subhastirt worden. Nehmen wir nur 10 Prozent Verminderung an, so beträgt der Verlust, da der Werth der sämtlichen Häuser der ganzen Monarchie an 1000 Mill. Thaler erreicht, wieder 100 Mill. Thaler. Die Entwerthung allein am Grundkapital beträgt daher die Summe von 500 Mill. Thaler. Dazu kommen die unberechenbaren Verluste, die aus der gestörten Gewerthätigkeit entspringen. Beträgt das Grundkapital 5000 Millionen, rechnen wir, daß dieses Kapital einen Reinertrag von nur 3 Prozent gewähre, nehmen wir ferner an, daß dieser Reinertrag nur um 1/3 vermindert worden sei, so hat das preussische Volk im vergangenen Jahre die fernere Summe von 50 Mill. Thaler verloren. Schätzen wir die Erträge aus der Gewerthätigkeit des preussischen Volks und den Verdienst für jede Art der verrichteten Arbeit durchschnittlich zu 40 Thaler für den Kopf, so beträgt dieser Ertrag für die ganze Bevölkerung 650 Mill. Thaler. Die Arbeitserträge sollen sich nur um ein Fünftel vermindert haben. Der Verlust beträgt demnach im vorigen Jahre 130 Mill. Thaler. Ferner besitzt das preussische Volk gegen 350 Mill. Thaler an Circulationspapieren; veranschlagen wir den Verlust an denselben nur zu 15 Prozent, so beträgt dieser 50 Mill. Thaler. Nach dieser weit unter der Wirklichkeit veranschlagten Summe hat das preussische Volk im abgelaufenen Jahre einen Verlust von 730 Mill. Thalern erlitten. Preußen ist daher mindestens um 730 Mill. ärmer geworden. Wer nicht weiß, wie er sich den allgemeinen Geldmangel, die Geschäftsstöckungen, die Arbeitslosigkeit, die Bankerotte und die sich häufenden Subhastationen erklären solle, der werfe einen Blick auf die ungeheuren Summen, um die unser Vaterland gebracht worden ist, der betrachte die Wunden, die so tief und so schmerzlich sind, daß ein Krieg mit den erbittertesten Feinden sie nicht schmerzlicher hätte schlagen können. Durch welche Mittel und Einrichtungen sind die Verheerungen entschädigt worden? Die preussische Nationalversammlung hat nach wochenlangem Wortstreite Kommissionen nach Posen und Schweidnitz gesandt, um zu untersuchen, ob verbrecherischen Barrikadenhelden Unrecht geschehen sei, wenn die Behörden den Störern der Ruhe und den Frevlern am Geseze entgegen traten. Sie hat deklamirt gegen den Belagerungszustand in Trier, Köln, Wien und Berlin; sie hat geprüft, ob sie die preussischen

Heere nicht an die Donau senden oder entwaffnen solle; sie hat eine Freiheitsakte geschaffen, welche Dieben und Schurken die nächtliche Ruhe sichert, den arbeitsamen, ruhigen Bürgern aber raubt; sie hat ein Jagdgesetz gegeben, das 96 Menschen bereits das Leben, mehreren Hunderten die Gesundheit gekostet und Banden zur Beraubung der Felder und Forsten organisiert hat. Sie hat endlich in der Abschaffung der Todesstrafe den Landes- und Hochverräthern, den Raub- und Vatermördern einen Freibrief ausgestellt. Das wäre denn eine Entschädigung! Eine herrliche Bilanz gegen beinahe 800 Millionen Thaler Verluste am Nationalvermögen!

Berlin, d. 25. Jan. Se. Maj. der König haben geruht: Dem Königl. bayerischen Hofmaler Wilhelm von Kaulbach in München, so wie dem Mitgliede der Académie française, Guizot, zu Paris, und dem Mitgliede der Académie des Sciences, Cauchy, daselbst, die Friedens-Klasse des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen, von Beurmann, ist nach Posen von hier abgereist.

Berlin, d. 24. Januar. Jetzt, wo man die Wahlmänner der Hauptstadt zu sondiren beginnt, zeigt es sich, daß ein großer Theil, vielleicht mehr als die Hälfte von denen, welche die demokratische Partei im ersten Augenblicke zu ihren Anhängern zählte, nichts weniger als radikal, sondern gemäßigte Liberale sind. Wir haben also allen Grund, mit dem Ergebniß der Wahlen zufrieden zu sein. Für die Kandidaten des Centrums eröffnen sich gute Aussichten. In den kleineren Städten der Mark Brandenburg und auf dem platten Lande sind die Wahlen konservativer ausgefallen, als in den größeren Städten, wie dies in der Natur der Sache liegt. Doch wird auch hier manches Siegesgeschrei erhoben, daß zu seiner Zeit verstummen wird; denn fast überall werden die gemäßigten Liberalen für Radikale ausgegeben.

(D. R.)

Es scheint, daß leider auch bei den bevorstehenden Wahlen die confessionellen Rücksichten, welche man durch die neueren Verhältnisse gänzlich in den Hintergrund gedrängt glaubte, abermals eine Rolle, und selbst eine größere, als im verflossenen Jahre spielen werden. So vernehmen wir unter Andern, daß Hansemann im Landkreise Aachen wegen seines protestantischen Religions-Bekennnisses (!) schwerlich wieder erwählt werden dürfte, und obschon wir nicht zweifeln, daß mehr als ein Wahlbezirk dafür sorgen wird, daß eine so hervorragende politische und finanzielle Capazität dem bevorstehenden Parlamente nicht entzogen werde, so können wir uns doch eines peinlichen Eindrucks nicht erwehren, wenn in unsern Tagen der „Aufklärung“ und bei der absoluten Gleichstellung aller Confessionen, die Religion eines Staatsmanns überhaupt noch in Betracht kommen kann!

Schönebeck, d. 23. Januar. Die hier gewählten 32 Wahlmänner gehören sämmtlich der freisinnigen Richtung an. Bürgermeister Schneider ist unter den 8 Wahlmännern seines Wahlbezirks zuerst und zwar mit bedeutender Majorität gewählt worden. — In Calbe mit den Vorstädten gehören von 30 Wahlmännern 29 der demokratischen und nur 1 der konservativen Partei an.

Halberstadt, d. 22. Januar. Halberstadt hat sich im heutigen Wahltage entschieden gegen das Ministerium Brandenburg ausgesprochen. Einen Bezirk ausgenommen, gegen dessen Wahl bereits Protest eingelegt, sind in sämmtlichen Bezirken 68 Wahlmänner gewählt, die sich alle zu den Grundsätzen des Berliner Comités für volksthümliche Wahlen bekennen.

Naumburg, d. 22. Januar. Der hiesige, aus mehr als 900 Einwohnern aller Klassen bestehende Bürgerschütz-Verein hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die Wahlen auf solche Männer zu lenken, welche die Verfassung vom 5. Dezember vorigen Jahres als unantastbare Grundlage unseres zukünftigen Staatslebens ansehen. Diese Bemühungen sind zum allergrößten Theile vergeblich gewesen. Von den 54 heute Erwählten finden 43 die Verfassung nicht demokratisch genug, sie theilen ganz die Ansichten der Linken in der aufgelösten National-Versammlung.

(D. R.)

Breslau, d. 23. Januar. Nach der Schlesischen Zeitung gehören von den 289 Wahlmännern, welche gestern in der inneren Stadt gewählt wurden, nach den bisherigen Anmeldungen 126 entschieden der konstitutionellen Partei an. Viele Wahlprotokolle sind nicht gültig befunden worden und im Laufe dieser Woche werden wahrscheinlich einige neue Wahlen ausgeschrieben werden müssen. In den Dorfschaften im Süden von Breslau sollen die Wahlen entschieden im gemäßigten, im Norden dagegen ziemlich radikal ausgefallen sein. Brieg soll 47 Demokraten und 1 Konstitutionellen gewählt haben, in Oppeln dagegen ein umgekehrtes Verhältniß stattfinden.

Köln, d. 22. Januar. Die Wahlen sind, während wir diese Zeilen (Nachmittags) schreiben, so weit beendet, daß sich das Resultat derselben absehen läßt. Es ist demnach anzunehmen, daß die Partei der Demokraten in unserer Stadt einen entschiedenen Sieg davongetragen hat, indem sie ihre Candidaten, Advokat Borchardt, in Berlin auf der Linken, Rentner Wachter, längere Zeit geflüchtet, Referendar Becker, vor kurzem der politischen Haft entlassen, Franz Raveau, in Frankfurt auf der Linken, Advokat Kyll, in Berlin ebenfalls auf der Linken und mehrere andere, außerhalb weniger bekannte, als Wahlmänner durchgebracht hat. Die sogenannte katholische Partei hat dieses Mal nicht reüssirt; die übrige Zahl der Wahlmänner hat der constitutionelle Bürgerverein geliefert, wie unter andern den Commandanten Oberst Engels und den ehemaligen Regierungs-Präsidenten von Wittgenstein und den Landgerichts-Präsidenten Heinzmann. Als Deputirte dürften dem Vernehmen nach von hier gewählt werden, für die erste Kammer Regier.-Präsident a. D. v. Wittgenstein, für die zweite Kammer der in letzterer Zeit oft genannte und bekannt gewordene Franz Raveau. Während des Wahlaetes wurde in den meisten Localen ein Protest gegen die octroyirte Verfassung verlesen, der eine Aufforderung an die Wahlmänner enthielt, bei der engeren Wahl darauf zu sehen, daß der zu Wählende auf die Erfüllung der im März dem Volke gemachten Verheißungen halte.

(Magd. Ztg.)

Schleswig, d. 18. Jan. Von Tondern, Stadt und Amt, ist folgende, von den Grundbesitzern unterzeichnete Erklärung abgegeben, welche der gemeinsamen Regierung bereits zugestellt ist oder zugestellt werden wird:

Wir Unterzeichneten verwahren uns gegen jeden Eingriff in die dem Herzogthume Schleswig nach verbrieften Urkunden zustehende staatsrechtliche Verbindung mit dem Herzogthume Holstein und jede andere Verbindung mit dem Königreiche Dänemark, als solche durch jene Urkunde begründet und nach unserm Staatsgrundgesetze durch eine reine Personalunion gegeben ist. Zugleich erklären wir, daß es unser lebhafter Wunsch ist, in dieselbe staatsrechtliche Stellung zum deutschen Reiche zu treten, wie solche für das Herzogthum Holstein bei der definitiven Feststellung der Reichsverfassung wird angeordnet werden.

Altona, d. 22. Jan. In unsern Herzogthümern werden neue Freischaaaren gebildet und schon formirt sich in Untersee, Ebershorn und Pinneberg ein neues Corps, aus Landes-eingebornen bestehend, fremde Freischärler wird man vorläufig nicht aufnehmen. — Zu den verschiedenen Protesten gegen die

Einve
in D
Korpe
Verfa
gehalt
und
im B
den
Heub
des A
Floss,
Dage
daß
allen
3 Sti

licht
Georg
darun
den C
Kamm
nahenb
stiden
Sigung
der M
sem W
auspro
gemein
Unverst
Tage g
endlich
Land e
daß Si
und da
und D
Allem
fer gro
einzig
Unter

gramm
Landta
des L

bei der
Einfüh
pelliren
gan v
Deput
Antwo
haltene
lautet:
petenz
angehö
gierung
Denks
zeugt,
Einhei
über d
blicatio
nicht g
welche
den in
der D
Abend
von ei

Einverleibung der Herzogthümer oder mindestens Schleswigs in Dänemark, hat nun auch die Ritterschaft, die wichtigste Korporation im Lande, einen zugesellt, veranlaßt durch eine Versammlung, die der Herzog von Augustenburg in Kiel abgehalten hat. Dieser Protest wird nicht ohne Folgen bleiben und mehr Aufsehen erregen, wie alle übrigen Demonstrationen im Lande.

Dresden, d. 23. Jan. Die I. Kammer berieth heute den Schaffrath'schen Antrag über die Oberhauptfrage, den Abg. Heubner zu dem seinigen gemacht hatte. Nach Begründung des Antrags durch den Abg. Heubner sprachen dafür die Abgg. Klotz, Bödrick, Theile, Bschweigert, Kaiser, Tzschucke, Zahn u. A. Dagegen sprach nur Abg. Dufour-Feronce. Das Resultat war, daß der erste Theil des Schaffrath-Heubner'schen Antrags mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde, der zweite gegen 3 Stimmen.

Leipzig, d. 24. Jan. Das hiesige Tageblatt veröffentlicht die folgende Adresse, welche mit der Unterschrift der H. H. Georg Wigand, Prof. Haupt, S. Hirzel und 22 Genossen, darunter die Professoren Wachsmuth und Albrecht, versehen, an den Staatsminister Dr. v. d. Pfordten abgegangen ist:

Herr Minister! Sie haben in der verhängnißvollen Sitzung der II. Kammer vom 20. Jan., welche zur Schande Sachsens, die endlich heran- nahende Erfüllung der Hoffnungen der deutschen Nation im Reine zu ersticken bemüht ist, es ausgesprochen, daß die Feinde Deutschlands über diese Sitzung frohlocken werden, denn sie haben Verbündete und Genossen in der Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten gefunden. Wir vertrauen diesem Worte, hochgeehrter Herr, wir vertrauen darauf, daß Sie selbst es aussprechen, wohin dieser Weg führt. Sie kennen die Genossen, mit denen gemeinschaftlich Sie ihn würden wandeln müssen. Ist auch der souveraine Unverstand für den Augenblick zur Herrschaft gelangt, so sind doch seine Tage gezählt; die bethörte Mehrheit im Volke wird die Augen öffnen und endlich begreifen, daß nur in und mit Deutschland für unser sächsisches Land eine bessere Zukunft geheißen kann. Mit Vertrauen erwarten wir, daß Sie der Stimme Deutschlands und Ihres Gewissens folgen werden, und daß Sie kein Mittel werden unversucht lassen zur Rettung Sachsens und Deutschlands. Eingedenk, daß Sie ein Deutscher, zuerst und vor Allem ein Deutscher sind, werden Sie, wir zweifeln nicht daran, in dieser großen Erfüllungswoche das Heil des ganzen deutschen Vaterlandes einzig und allein bedenken. Leipzig, den 23. Januar 1849. (Folgen die Unterschriften.)

München, d. 21. Jan. Nach dem vorliegenden Programme wird morgen in der St.-Michaelishofkirche der feierliche Landtagsgottesdienst und Nachmittags 2 Uhr die Eröffnung des Landtags stattfinden.

Am 19. Jan. hatte sich eine Deputation des Märzvereins bei dem Minister Beisler eingefunden, um denselben über die Einführung oder Nichtführung der Grundrechte zu interpelliren, da solche noch nicht durch das verfassungsmäßige Organ verkündet seien. Bei dieser Gelegenheit überreichte die Deputation eine Denkschrift an das bairische Ministerium. Die Antwort des Ministers wurde in der an demselben Abend gehaltenen Volksversammlung des Märzvereins mitgetheilt; sie lautet: Meine Herren! Ich glaube, Sie greifen in die Competenz der Stände ein. Es steht jedem Vereine und Staatsangehörigen das Recht zu, Petitionen und Anfragen an die Regierung zu stellen, deshalb nehme ich keinen Anstand, Ihre Denkschrift entgegenzunehmen. Im Uebrigen seien Sie überzeugt, daß die bairische Regierung mehr als jede andere die Einheit Deutschlands will, allein wir sind verschiedener Ansicht über die Mittel und Wege, zur Einheit zu gelangen. Die Publication der Grundrechte kann ohne Einwilligung der Stände nicht geschehen, weil darin eine Abänderung der Verfassung liegt, welche das Ministerium in den Fall setzen kann, von den Ständen in Anklagezustand versetzt zu werden. Die von dem Führer der Deputation gegebene Antwort soll nach der desfalls diesen Abend im Vereine gemachten Angabe dahin gegangen sein: daß von einer Berathung der Grundrechte durch den bairischen Land-

tag keine Rede mehr sein könne, daß die Grundrechte ein Gemeingut von ganz Deutschland seien u.

Hannover, d. 22. Januar. Die Hannoversche Zeitung enthält an der Spitze ihrer heutigen Nummer einen heftigen Artikel gegen die Idee eines einzigen Reichsoberhauptes, insbesondere eines erblichen. Die „Professorenpolitik“ wird darin scharf mitgenommen und Gagern wegen seines Programms bitter getadelt. Das Wichtigste im ganzen Artikel ist aber die darin veröffentlichte Entdeckung, daß der eigentliche Urheber dieser Bestrebungen Niemand anderes sei als — Lord Palmerston in London, von dem Gagern seine Inspirationen empfangt. Der Whig Palmerston scheint die bête noire der Hochtorics in Hannover zu sein; darum muß Er der Urheber des Planes sein, Desterreich auszuschließen, da sein Streben offenkundig vor Allem dahin gehe, Desterreich zu ruiniren. Zuletzt bekommt auch der Zollverein einen Hieb, und Theoretiker, Erbkaiserliche, Schutzöllner werden mit — den Diplomaten parallelisirt und ihnen die gegenwärtige Lage der Dinge Schuld gegeben. — Sehr contrastirend hiermit ist folgende Correspondenz, die sich die Hannoversche Zeitung in derselben Nummer zu veröffentlichen gezwungen sieht:

Guden, d. 19. Januar. Der Vaterländische und der Volksverein haben sich, wie neulich in der Grundrechtsfrage, nun auch in dem entschiedenen Wunsche des preussischen Erbkaiferthums geeinigt und eine Erklärung dieses Inhalts an das Ministerium abgehen lassen. Das Gefühl für diese concentrirte Einheit unseres Vaterlandes scheint doch weiter verbreitet zu sein als in einigen Schleswigschen Professorenköpfen, wie Sie neulich sagten. Wenn aber alle Fürsten und Völker in diesem Wunsche — diesem Willen übereinstimmen, brauchen sie dann Desterreichs Groll, Desterreichs Bund mit Rußland zu fürchten? — „Was werden die anderen Mächte dazu sagen?“ heißt es. Eben das sie unzufrieden sind über die drohende Einheit des gewaltigsten Volks, das sollte uns zeigen, daß wir sie haben müssen. Ich kann mir nicht helfen — belehren Sie uns, wenn wir Unrecht haben. Krieg wünschen wir nicht, aber scheuen ihn auch nicht. Wir sprechen mit Karl XII.: „Einen ungerechten Krieg will ich nie unternehmen, einen gerechten bis zum Tode kämpfen.“

Frankfurt a. M., d. 21. Januar. Man verbreitet geflüstert, daß die Nachrichten, welche Camphausen von Berlin mitgebracht, ungünstig lauteten; aber wir können das Gegentheil mit Bestimmtheit versichern. Das deutsche Volk hat auf einen zustimmenden Entschluß des preussischen Königs zu rechnen, wenn sein Parlament, nach dem Vorgange der meisten seiner Fürsten, demselben die Kaiserkrone übertragen wird. Wir hören sogar von der Absicht einer darauf bezüglichen Erklärung des berliner Cabinets an das Reichsministerium, und wenn unter diesen Umständen das Aussprechen der Erblichkeit der Oberhauptwürde ein neues Motiv erhält, so wird es zugleich zur unerläßlichen Pflicht. Denn es liegt auf der Hand, daß die Erblichkeit allein diejenigen Garantien bietet, unter denen Preußen das Opfer seiner Selbstständigkeit bringen, unter denen Deutschland dies Opfer fordern darf und die Früchte desselben genießen kann. — Es ist jetzt in der That von Seiten Homburgs ein Protest gegen den Beschluß der Nationalversammlung über die Spielbanken eingelaufen. Das Reichsministerium ist nichtsdestoweniger zur Publication des Gesetzes entschlossen. (D. P. A. = Btg.)

Frankfurt a. M., d. 21. Jan. Die Versammlung der „Kaiserlichen“ im Weidenbusch am gestrigen Abend mochte von etwas über 200 Abgeordneten besucht sein. Leider war gerade der Theil der vorgestrigen Majorität, mit welchem

man eine Verständigung zu Gunsten der Erbllichkeit herbeizuführen hoffte, theils gar nicht erschienen, theils nicht zum Aussprechen seiner Bedenken gegen die Erbllichkeit zu bewegen. Nur ein Abgeordneter aus Baiern erklärte für sich und mehrere Gleichgesinnte, daß sie, obschon sie aus wichtigen Rücksichten, namentlich auf das künftige Verhältniß zu Oesterreich, zunächst für eine lebenslängliche Wahl des Oberhauptes gestimmt, dennoch, weil sie die Wichtigkeit des Zustandekommens eines festen Resultats in dieser Lebensfrage vollkommen einsähen, eventuell, nach Verwerfung der Lebenslänglichkeit, auch für die Erbllichkeit, ja sogar, in dem Falle, daß diese zuerst zur Frage gestellt würde, sofort dafür stimmen würden. Diese Erklärung ward mit großem Beifall aufgenommen. Ebenso die von mehreren Abgeordneten abgegebene entschiedene Erklärung: daß sie nur für die Erbllichkeit und gegen alles Andere stimmen würden, möge die Reihenfolge der Abstimmungen sein, welche sie wolle. Bei vorgenommener förmlicher Abstimmung hierüber erklärte sich die ganze Versammlung einmüthig im gleichen Sinne. Eine angestellte Rechnung ergab, daß wahrscheinlich eine, wenn auch schwache Mehrheit für die Erbllichkeit zu erreichen sein werde, wenn man nur fest zusammenhalte und entschieden handle, daß aber jedenfalls für keinen andern Vorschlag eine Majorität sich bilden werde. Was geschehen solle, falls dennoch auch jener erste Antrag verworfen, also gar kein Resultat erzielt würde, darüber ward auch verhandelt, und man kam überein, daß dann diese Frage bis zur zweiten Lesung des Abschnitts vom Reichsoberhaupt auf sich zu beruhen hätte. Man war der bestimmten Ueberzeugung, daß in der Zwischenzeit die begonnene Bewegung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Erbllichkeit so große Fortschritte machen würde, daß bei der zweiten Lesung die Versammlung sich schwerlich der Annahme dieses Princips möchte entziehen können. Die Versammlung war von Mitgliedern aller Fractionen von der äußersten Rechten an bis zur Westendhall (mit alleiniger Ausnahme des Pariser Hofes) zahlreich besucht und von einem Mitgliede des Württemberger Hofes, Abg. Grumbrecht, präsidirt.

An diese Mittheilung reiht die „Dsch. Ztg.“ folgende Notiz: Es werden allerhand Gerüchte seit der Ankunft des preussischen Ministers und Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Herrn Camphausen, verbreitet, welche von seinem Eintritt in das Berliner Ministerium an Brandenburgs Stelle sprechen, und auch andeuten, daß seine Bemühungen in Berlin in der deutschen Oberhauptsfrage an der Entschlossenheit des Königs, nunmehr auf keine Weise an die Spitze Deutschlands zu treten, gescheitert seien. Wir haben guten Grund zu glauben, daß diese Gerüchte mindestens nicht aus unterrichteter Quelle geflossen sind.

Frankfurt a. M., d. 22. Jan. Wie wir vernehmen, rücken die Arbeiten der Kommission für die Handelsgesetzgebung in erfreulicher Weise vorwärts. Bereits mehrere Abschnitte des Entwurfs sind ausgearbeitet, und zwar nicht nur der Text des Gesetzes, sondern auch die Motive. Dahin gehören folgende Materien: „Von den Kaufleuten, den Handelsgeschäften, der Rechtsfähigkeit der Personen (Handelsfrauen und Minderjährigen), den Wirkungen der Handelsverbindlichkeiten der Ehefrauen auf das Vermögen der Eheleute und der Gütergemeinschaft; — von der Form der Verträge und dem Beweise in Handelsfachen, und von Handelsbüchern insbesondere; — von Börsen und Maklern; — von den Kommissionären, Spedituren und Fuhrleuten.“ Der Vollendung nahe ist der bedeutende Titel von Handelsgesellschaften: hier wird

die ganze Materie einschließlich der sonst im Civilrecht vorkommenden Bestimmungen behandelt und in den Entwurf aufgenommen. Ebenfalls der Vollendung nahe ist der Titel vom Mandat in Handelsfachen, in welchem manche andere Materie, z. B. von Maklern, Kommissionären und Fuhrleuten u. s. w. ihre Ergänzung, und auch die nöthigen Bestimmungen über das Hilfspersonal ihre Stelle finden. — Mit Nächstem wird die Einberufung von tüchtigen und erfahrenen Kaufleuten aus den bedeutendsten Handelsstädten Deutschlands und wohl auch noch anderer Rechtsgelehrten erfolgen, um mit der Kommission in Berathung über die von dieser bereits ausgearbeiteten Theile zu treten und die etwa nothwendigen Modifikationen vorzubereiten. Der hiernach modificirte Entwurf der fertigen Theile wird alsdann sofort durch den Druck der Definitivität übergeben und somit der allgemeinen Kritik ein freies Feld bereits eröffnet werden, während die Kommission sich mit der Ausarbeitung der noch übrigen Theile des Entwurfs beschäftigt.

(D. P. 3.)

Frankfurt a. M., d. 22. Januar. Das Reichsministerium hat an den Bevollmächtigten für Braunschweig, Herrn Dr. Liebe, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Aus Ihrer sehr geschätzten Mittheilung vom 19. d. M. hat der Reichsverweser Kenntniß davon genommen, daß Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig schon seit dem Beginne der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß zur würdevollen Vertretung Deutschlands nach Außen, wie zur Herstellung einer kräftigen inneren Einheit ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung treten müsse. In diesem Ausspruche erkennt der Reichsverweser einen neuen Beweis hochherziger Bereitwilligkeit deutscher Fürsten, zu dem Gelingen des seiner Obhut anvertrauten großen Einigungswerkes beizutragen. In den Dank, welchen der Unterzeichnete Seiner Hoheit das für darzubringen beauftragt ist, wird das ganze deutsche Volk einstimmen. Denn mit jeder neuen Kundgebung echt fürstlicher Gesinnung schwindet der qualende Zweifel, als könnten die Leiden und Anstrengungen der Nation abermals vergeblich gewesen sein, und eröffnet sich eine nahe Zukunft, welche Fürsten, wie Völker sicherlich bald die Zeit der Schwäche und Zerplitterung wird vergessen lassen. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Braunschweig, diese Erwiederung zur Kenntniß des Herzogs zu bringen. Frankfurt, den 20. Januar 1849. (gg.) Sager n.“

Frankfurt a. M., d. 23. Jan. 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmitt. Die Berathung über §. 1 a des Art. 1. des Entwurfs „vom Reichsoberhaupt“ wurde in der heutigen 157. Sitzung der deutschen Reichsversammlung geschlossen und die Abstimmung vorgenommen. Das erste Minoritätserachten: „Die Würde des Oberhauptes ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden; sie vererbt im Mannstamme nach dem Rechte der Erstgeburt,“ wurde mit 263 gegen 211 Stimmen, bei Abstimmung durch Namensaufruf, verworfen. Zehn Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Ueber das zweite Minoritätserachten: „Die Wahl des Kaisers geschieht auf Lebenszeit,“ wird in diesem Augenblicke namentlich abgestimmt.

Italien.

Es scheint, daß die österreichische Regierung bei der Bildung einer constituirenden Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung der Lombardei, die sie nach Wien beruft, auf Schwierigkeiten stößt; wenigstens hat die Provinzial-Congregation von Verona ihr erklärt, daß sie einen Abgeordneten nach Wien nicht wählen werde, da sie kein Mandat besitze, in solchen organischen Fragen das Land zu vertreten. — In Rom hatte sich das Ministerium der Schwierigkeit, einen Commandanten für die Civica zu finden, dadurch entzogen, daß es die Wahl der Bürgerwehr selbst freigegeben. Die Nachricht von einer Coalition zur Zurückführung des Papstes, an deren Spitze Spanien stände, hatte die Anhänger Pius IX. in große freudige Aufregung gebracht.



Schweiz.

Bern, d. 20. Jan. Die Reconstituierung der Schweiz ist ein fait accompli, durch welches sie die Grundlage der Verträge von 1815 verließ. Was wird die Diplomatie dazu sagen? fragt man sich allmählich. Als vor einiger Zeit Sir Robert Peel unsern Bundes-Präsidenten fragte, ob die neue Bundes-Verfassung den europäischen Mächten vorgelegt werden würde, um deren Zustimmung zu erhalten, wurde erwidert: der Wille des Schweizer-Volkes sei die einzige Macht, deren Zustimmung die fragliche Verfassung bedürfe. Damals klang diese Antwort wie erwünscht, und wie es heißt, hat seither England die neue Schweiz anerkannt; doch wissen wir dieses nur durch eine Zeitung. Man erwartete hier bei der üblichen Neujahrs-Besuche des diplomatischen Corps Erklärungen. Statt dieser wurden höfliche Complimente gewechselt, deren Bedeutung schwer zu ermessen ist. Zwar scheint Frankreich factisch auf dem besten Fuße mit der Schweiz, besonders unter der gegenwärtigen Präsidentschaft; aber welche Garantie bietet eine Nation, deren Existenz auf einem immer dem Ausbruche nahen Vulkan herumtaumelt? England bleibt auf seiner Zurückhaltung. Freilich hat die Eidgenossenschaft nicht Ursache, Oesterreichs Unwillen zu fürchten; denn die Bereitwilligkeit, mit der Radezky's Begehren entsprochen wird, bietet keinen Grund zu Feindseligkeiten. Auch erklärte Baron v. Kaisersfeld, er werde seine Residenz bald wieder nach Bern verlegen, — ein Beweis, daß er mit den neuen Bundes-Behörden factisch in freundschaftliche Beziehung tritt. Rußland hat seit seiner übermüthigen Erklärung vom Februar 1848 die abgebrochenen diplomatischen Verbindungen nicht wieder aufgenommen. Sein Gesandter befindet sich noch immer außerhalb der Schweiz. Und Preußen, auf das wir absichtlich zuletzt kommen (denn hier liegt ein fataler Anknüpfungspunct für die Diplomatie)? — Bei einem früheren Anlasse äußerte sich zwar Freiherr v. Sydow in Betreff unserer neuen Bundes-Verfassung sehr befriedigend. Eine Bemerkung jedoch, welche auf Neuenburg Bezug hatte und einer Verwahrung gleich sah, paralysirte das scheinbare Einverständnis. Fassen wir das frühere Verhältniß Neuenburgs zum Könige von Preußen ins Auge, die immer sich mehrenden, obwohl noch immer heimlich gehaltenen Demonstrationen der dortigen königlichen Partei, — so ist alles dieses wenig geeignet, uns der Besorgniß zu entheben, daß Preußen, sobald es die Ruhe in seinem Innern hergestellt hat, seine reclamirende Stimme erheben wird. Ueberhaupt hängt auch die Zukunft der Schweiz von der Lösung des europäischen Knotens ab. Soll er durch das Schwert zerschnitten werden, was dormalen nicht unwahrscheinlich, so dürfte die Eidgenossenschaft leicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn durch ihre neue Constituirung hat sie sich der Garantie ihrer neutralen Stellung von 1815 begeben. Zudem können Verhältnisse eintreten, welche sie zwingen, ein Gewicht in die Waage der Entscheidung zu legen.

Frankreich.

Paris, d. 20. Jan. Unsere Lage ist fortwährend dieselbe; ein Ministerium ohne alles Ansehen, im offenen Kriege mit der „Assemblée nationale“, vor welcher es entschlossen ist, nicht zu weichen; eine „Assemblée nationale“ im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung, deren unehreerbietige Drohungen, verbunden mit der feindseligen Stimmung des Ministeriums, die Kammer ihrerseits nun auch bestimmen dürfte, sich nicht zu fügen; ein Ministerium, das seit seiner einmonatlichen Existenz nicht einen Act ausgeübt, der mit den dringenden Bedürfnissen des Augenblickes im Einklange stände und den gerechten Anforderungen an eine Regierung entspräche, der es so leicht war, bei ihrer Einsetzung allgemein zu befriedigen, eine Kammer,

die, wie es scheint, sich die Aufgabe gestellt hat, die Mißgunst, welche man künstlich gegen sie erregt hatte, zu einer natürlichen werden zu lassen und zu verdienen; ein Präsident, von dem ein großer Theil seiner eifrigsten Anhänger vor dem 10. Dec. schon gar nicht mehr sprechen, zu welchem sich dagegen ein Theil derer, die gegen ihn gestimmt haben, hoffnungsvoll hinwenden, dessen Unkenntniß der Personen und Zustände und daraus folgende Rath- und Thatlosigkeit ihn den Einflüssen seiner officiellen, wie seiner natürlichen Umgebungen in einer Weise aussetzen, welche dem Gefühle der Ungewißheit und Unsicherheit fortwährend neue Nahrung gewährt, das ist der Zustand, in welchem wir uns, Dank sei es dem Patriotismus der Politiker aus der rue Poitiers, seit einem Monate befinden. Aber eine so unnatürliche, geschraubte und gespannte Lage findet nothwendig ihr rasches Ende; es ist platterdings undenkbar, daß die Verhältnisse bis zur Eröffnung der legislativen Kammer so fortbestehen, und ist der Mechanismus der Staatsmaschine nicht im Stande, dieselben zum Biegen zu bringen, so kommt es sicherlich und bald zu gewaltsamem Bruch. (R. 3.)

Paris, d. 21. Jan. Die Journale veröffentlichten nachstehende Note als mitgetheilten Artikel: Die Amnestie dient seit einigen Tagen gewissen Blättern zum Vorwande, gegen den Präsidenten der Republik Schmähungen und Verläumdungen jeder Art zu richten. Wir wollen weder diese Schmähungen rügen, noch auf diese Verläumdungen antworten. Wir überlassen es dem richtigen Gefühl des Publicums, dieselben zu würdigen. Eine Behauptung jedoch, auf welche die gedachten Blätter sich hauptsächlich stützen, darf nicht unerwähnt bleiben. Nach ihren Angaben hätte der Präsident der Republik sich verpflichtet, die Amnestie zu bewilligen. Der Präsident der Republik hat in dieser Beziehung keine Verpflichtung übernommen. Mehrere Male hat er, es ist wahr, in den Unterredungen, welche er über diesen Gegenstand hielt, die Sehnsucht ausgedrückt, den in seinem Manifest kundgegebenen und stets in seinem Herzen gehegten Wunsch, die Amnestie bewilligen zu können, sobald die Umstände es erlauben werden, verwirklicht zu sehen; aber er hat durchaus keine Verpflichtung in dieser Hinsicht übernommen.

Die Behörde hat in Folge von Berichten, die dem Polizei-Präfecten zugegangen sind, Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Seit mehreren Tagen durchziehen Abends von 8—12 Uhr ganze Compagnien Linientruppen die Straßen und Stadttheile, welche der gewöhnliche Schauplatz von Zusammenrottungen sind. — Außer vielen Bäckergefallen feiern jetzt auch die Gesellen der Lichterzieher und Seifen-Fabrikanten in Folge von Zerwürfnissen über den Lohnsatz.

Großbritannien und Irland.

London, d. 20. Jan. Die Rüstungen Frankreichs zu Toulon nehmen die Aufmerksamkeit der englischen Presse sehr in Anspruch. Der „Standard“ ist der Ansicht, daß eine Intervention Frankreichs in Italien unter der Mitwirkung aller Hauptmächte geschehen würde, und daß sie zu keinem internationalen Streite führen werde. In der Finanzlage der verschiedenen Länder erblickt dieses Blatt aber den triftigsten Grund gegen einen Krieg. Die „Morning Chronicle“ traut dem beabsichtigten französischen Einschreiten nicht recht und erinnert daran, daß die Franzosen Ancona erst nach fünf Jahren geräumt; sie fürchtet die Konsequenzen dieses Protektorats. Selbst wenn der Papst französische Hülfe angerufen, und Frankreich im Verein mit den anderen Unterzeichnern der wiener Verträge intervenire, erklärt dieses Blatt sich dawider, indem es nichts von Intervention wissen will. Die „Times“ geht auch von der Voraussetzung aus, daß Frankreich im Verein mit Oester-

reich und Neapel wieder Ordnung in den Kirchenstaat zurückführen wolle; sie meint übrigens, wenn Frankreich sich gegen die Revolutions-Partei in Rom erkläre, so müsse es auch in Sicilien auf Seiten Neapels, und in Nord-Italien auf Seiten Oesterreichs stehen. Keinesweges könne jene Expedition darauf berechnet sein, die aufrührerischen Sicilianer in ihrer Widerspenstigkeit zu unterstützen.

Die vom liverpooler Finanz-Reformverein begonnene Agitation auf Verminderung des Budgets und neue Reform des Parlaments im demokratischen Sinne, die sich bis jetzt auf die Fabrikdistrikte beschränkt hat, beginnt sich weiter auszubreiten. Der Reformverein von Westminster hat vor einigen Tagen die Beschlüsse der am 10. Januar in Manchester gehaltenen Versammlung zu den seinigen gemacht. Dagegen hat eine Versammlung von Pächtern in Cambridge gehalten, um Mittel zur Abschaffung der Malzsteuer zu berathen, Herrn Cobden's Einladung, sich dem liverpooler Finanz-Reformverein anzuschließen, ausgeschlagen.

Für Rechnung der französischen Regierung werden in England starke Pferde-Einkäufe gemacht.

Donaufürstenthümer.

Von der bosnischen Gränze, d. 6. Jan. Ende December v. J. kehrten die Befehlshaber der einzelnen Nahien von Travnik zurück, wo sie länger als zwei Monate beim Statthalter Bosniens, Bezier Tahir-Pascha, in geheimer Conferenz versammelt waren. Während dieser Zeit war der Verkehr zwischen Travnik und Konstantinopel mittelst Tartaren sehr lebhaft. Nun lüftet sich auch für uns der Schleier, welcher über diese geheimnißvolle Versammlung gedeckt war. Es handelte sich vorzugsweise um die Angelegenheit der Raja's Bosniens. Von Stambul aus erhielt der Bezier wiederholt und in letzterer Zeit besonders strenge Befehle, den Hattischerif von Gulhane zu veröffentlichen und in Wirksamkeit treten zu lassen. Doch thaten die Machthaber Bosniens Alles, um dies zu hintertreiben, und alljährlich gingen Klagen der Christen wegen unthätiger Bedrückung nach Stambul. Mag sein, daß der Zeitgeist auch an die hohe Pforte mächtig klopfte, daß auch den Moslim die bange Ahnung erfüllt, die Stunden seiner Herrschaft seien gezählt, daß die Idee der Gleichberechtigung auch in den Divan gedrungen oder die Pforte, eine Schilderhebung der Raja's befürchtend, es jetzt für die höchste Zeit hielt, mit Strenge darauf zu bestehen, daß endlich einmal das Sclavenloos der christlichen Unterthanen erleichtert werde. Es hatten zwar die Machthaber Bosniens dagegen Vieles einzuwenden und schlugen sogar vor, sämtliche Christen Bosniens zu entwaffnen, genau zu überwachen und so jeden Aufstandsversuch im Keime zu ersticken; doch diesmal setzte die Pforte ihre Befehle in Bosnien durch. Gleich nach der Rückkehr der einzelnen Befehlshaber in ihre Bezirke wurde der Raja öffentlich bekannt gemacht, daß sie von nun an frei von allen persönlichen Lasten sei, kein Robot ihrem Grundherrs zu leisten habe, sondern bloß von dem ihm nicht eigenthümlich angehörenden Grunde den dritten Theil der Fehkung dem Grundeigenthümer gleichsam als Pachtzins entrichten solle. Uebrigens soll die Raja gleich sein mit dem Moslim vor dem Gesetze, und ihre eigenen Gemeinde-, Bezirks- und Provincial-Obriegkeiten aus ihrer Mitte erhalten. Dessenungeachtet scheint man die Raja hierdurch nicht mehr befriedigen zu können und fürchtet einen allgemeinen Aufstand derselben in Bosnien, welcher von Serbien und Czernogora aus unterstützt werden würde. Daher haben alle Mohamedaner den strengsten Befehl erhalten, sich vom 14. bis zum 60. Lebensjahre zu bewaffnen, mit Schießbedarf zu versehen und kampffertig zu halten. — Troß

aller angewendeten Mühe, unterstützt mit namhaften Geldspenden, zahlreichen Emissären und Kossuth'schem Lug und Trug, hat in Bosnien die ungarische Rebellion keine Sympathieen sich erwecken können. Im Gegentheil wurden mehrere magyarische Emissäre in Bosnien aufgefangen und von Travnik nach Konstantinopel gefendet. Auch erging an die Gränz-Pascha's der Auftrag, daß, im Falle die Slavonier, von den Magyaren gedrängt, die Save überschreiten sollten, jene gastlich aufzunehmen und zu schützen seien, die Magyaren hingegen als Rebellen gegen ihren König mit Gewalt der Waffen zurückgetrieben werden sollen. (Agr. Ztg.)

Vermischtes.

— Hamburg, d. 21. Januar. Die Eisdecke hat sich vom Grasbrook bis Altona gelöst und sind heute Morgen schon einige Frachtewer von Harburg angekommen. Von Harburg bis Altona ist der Strom bereits auch eisfrei. Unterhalb Altona ist ebenfalls freies Wasser und kann man, wenn das milde Wetter anhält, Dampfboote von Harburg morgen erwarten.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 24. Januar.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr.-Freim. Anl.	5	101	100 1/2	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	—	91 1/8
St. Schuld-Sch.	3 1/2	80 1/4	79 3/4	R. = u. Nm. do.	3 1/2	92 1/4	91 3/4
Sech. Pr. = Sch.	—	98 1/4	—	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Rur. = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 1/4	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	91 3/4	—
do. do.	3 1/2	77 1/4	—				
Wipr. Pfandbr.	3 1/2	84	83 1/2	Frdrsch'or.	—	137 1/2	131 1/2
Großh. Pos. do.	4	—	96	And. Goldm. à	—	—	—
do. do.	3 1/2	81 5/8	—	5 Thlr.	—	12 11/2	12 5/2
D. Hyp. Pfandbr.	3 1/2	—	—	Disconto	—	—	4 1/2

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit.	4	Berl.-Anhalt	4 87 G.
A. B.	4 79 1/2 B.	do. Hambg.	4 1/2 93 B. u. B.
do. Hamb.	4 60 1/2 B.	do. II. Serie	4 1/2 88 1/4 B.
do. St.-Mar.	4 89 B. 88 1/2 B.	do. Potsd. = M.	4 82 1/2 G.
do. Potsd. = M.	4 61 B.	do. do.	5 95 B.
Mgd. = Hlbf.	4 112 B.	do. Stettiner	5 101 5/8 G. 7/8 B.
do. Leipziger	4 —	Mgd. = Leipz.	4 —
Halle = Thür.	4 50 1/2 B.	Halle = Thür.	4 1/2 86 B.
Cöln = Mind.	3 1/2 79 1/2 B.	Cöln = Mind.	4 1/2 92 1/2 G. 3/4 B.
do. Nachen	4 52 1/4 B.	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Bonn = Cöln	5 —	d. I. Priorität	4 —
Düsselb. = Elf.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Steele. Bohw.	4 37 B. 36 1/2 G.	Düsselb. = Elf.	4 —
Mschl. = Märk.	3 1/2 71 1/2 B.	Mschl. = Märk.	4 87 B.
do. Zweigbhn.	4 —	do. do.	5 98 1/4 B.
Dschl. Lit. A.	3 1/2 94 B. 93 3/4 B.	do. III. Serie	5 94 1/2 G.
do. Lit. B.	3 1/2 94 B.	do. Zwiggbn.	4 1/2 —
Cosel = Dverb.	4 —	do. do.	5 78 1/2 B.
Bresl. Freib.	4 —	Oberschl.	4 —
Kraf. = Dbschl.	4 —	Kraf. Dbschl.	4 72 B.
Berg. = Märk.	4 59 B.	Cosel = Dverb.	5 95 1/2 G.
Starg. = Pos.	4 71 B.	Steele. Bohw.	5 88 B.
Brieg-Neisse	4 —	do. II. Serie	4 —
		Bresl. = Freib.	—
Quitt. = B.		Ausland.	
Mgd. = Wittb.	4 43 1/2 G.	Stamm-Actien.	4
Nach. = Raffr.	4 —	Leipz. = Dresd.	—
Th. B. = Bhn.	4 —	Ludw. = Verb.	4
		24 Fl.	4
Ausl. Ob.		Kiel = Alt. Sp.	4 89 G.
Posl. 26 Fl.	4 —	Amst. = R. Fl.	4 —
Fr. = B. = Abb.	4 38 37 1/4 1/2 à 5/8 B.	Mdlb. = Thlr.	4 35 1/4 G.

Leipzig, den 24. Januar.

Staatspapiere.	Anges. boten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Sinf.	Anges. boten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3% im 14. J. von 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ Kleinere	79 $\frac{3}{8}$	—	P.-Dbl. à 3 $\frac{1}{2}$ % Chemn.-R. Eisenb. Anl. à 10 $\frac{1}{2}$ % R. pr. St.-Schuldscheine à 3 $\frac{1}{2}$ % in pr. St. pr. 100	—	97 $\frac{1}{4}$
do. do. v. 500 u. 200 à 5 % do. do. kleinere	89 $\frac{7}{8}$	—	R. f. österr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5% lauf. Sinfen à 4% à 103% im à 3% 14 $\frac{1}{2}$ J.	—	79 $\frac{1}{2}$
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3% im 14. J. von 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ Kleinere	—	82 $\frac{1}{4}$	Pr. Frsb'or à 5 $\frac{1}{2}$ idem auf 100	—	—
Act. d. ch. S.-Bair. F. & Co. bis Mich. 1855 à 4% spät. à 3% von 100 $\frac{1}{2}$	—	78 $\frac{3}{4}$	Aut. ausl. Louisd'or à 5 $\frac{1}{2}$ nach gerin- gem Ausmünzfu- ße auf 100	—	12 $\frac{5}{8}$
Königl. pr. Steuer- Kredits-Rassensch. à 3% im 20. J. von 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ Kleinere	—	78 $\frac{1}{2}$	Conv.-Spec. u. Sld. auf 100 idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2 $\frac{1}{2}$
Leipz. Stadt-Obligationen à 3% im 14. J. von 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ Kleinere	—	89 $\frac{1}{2}$	Actien d. B. B. pr. St. à 103 %	—	—
Sächs. erbl. Pfand- briefe à 3 $\frac{1}{2}$ % von 500	—	81 $\frac{1}{2}$	Leipz. Bank-Actien à 250 $\frac{1}{2}$ pr. 100	141 $\frac{1}{2}$	—
von 100 u. 25	—	—	Epz.-Dresd. Eisen- bahn-Actien à 100 $\frac{1}{2}$ pr. 100	98	—
S. laufßer Pfand- briefe à 3 %	—	75 $\frac{1}{2}$	Sächs.-Schles. do. pr. 100	—	75 $\frac{3}{4}$
S. laufßer Pfand- briefe à 3 $\frac{1}{2}$ % do. à 4 %	—	87 $\frac{1}{2}$	Chemnitz = Risaer do. à 100 $\frac{1}{2}$ pr. 100	23 $\frac{1}{2}$	—
Epz.-Dresd. Eisenb.	—	99	Essbau-Sittauer do. pr. 100	—	—
			Magdeb.-Leipz. do. pr. 100	169	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Seldr.)

Berlin, den 24. Januar.
 Weizen nach Dualität 52—56 $\frac{1}{2}$.
 Roggen loco 26—27 $\frac{1}{2}$.
 = pr. Frühjahr 82 $\frac{1}{2}$ Br.
 Gerste, große, loco 22—24 $\frac{1}{2}$.
 = kleine 19—21 $\frac{1}{2}$.

Hafer loco nach Qualität 15—16 $\frac{1}{2}$.
 = pr. Frühjahr 49 $\frac{1}{2}$ Br. 15 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ Br.
 Rüböl loco 13 $\frac{1}{2}$ Br. u. b $\frac{3}{4}$.
 = pr. diesen Monat do.
 = Jan./Febr. 13 $\frac{1}{2}$ Br., 12 $\frac{5}{8}$ b $\frac{3}{4}$.
 = Febr./März 12 $\frac{5}{8}$ $\frac{1}{2}$ Br., 12 $\frac{2}{3}$ b $\frac{3}{4}$.
 = März/April 12 $\frac{2}{3}$ $\frac{1}{2}$ Br.
 = April/Mai 12 $\frac{5}{12}$ $\frac{1}{2}$ Br.
 Leinöl loco 9 $\frac{3}{4}$ $\frac{1}{2}$.
 Spiritus loco ohne Faß 14 $\frac{5}{8}$ $\frac{1}{2}$ b $\frac{3}{4}$.
 = pr. Jan. 15 $\frac{1}{2}$.
 = Febr. 15 $\frac{1}{3}$ $\frac{1}{2}$ Br.
 = März 15 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ Br.
 = pr. Frühjahr 16 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ Br., 16 S. u. verk.
 = Mai/Juni 17 $\frac{1}{2}$ Br.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 24. Januar Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 3 Zoll.
 am 25. Januar Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 3 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 24. Januar Nr. 7 und 2 Zoll.

Fremdenliste.

Angewommene Fremde vom 24. bis 25. Januar.

Im Kronprinzen: Hr. Rittergutsbes. Baron v. Lachwitz a. Pom- mern. Hr. Rittmstr. v. Trapp a. Westphalen. Hr. Partik. Rah- mann a. Königsberg. Hr. Rent. Meusebach a. Berlin. Die Hrn. Kaufl. Wof a. Berlin, Stahl a. Penney.

Stadt Zürich: Hr. Partik. Vogel a. Barby. Die Hrn. Kaufl. Mauerhofer a. Bern, Scholle a. Magdeburg, Graf a. Hanau, Böh- ler a. Leipzig, Bade u. Kirchner a. Bremen.

Goldnen Ring: Die Hrn. Kaufl. Conrad a. Magdeburg, Schürmann a. Berlin. Hr. Förster Baumbach a. Eisenberg. Die Hrn. Amil. Kühne a. Witterstedt, Pauli a. Dsendorf.

Englischer Hof: Die Hrn. Kaufl. Freund a. Dessau, Franz a. Ber- lin, Planert a. Brandenburg. Hr. Dekon. Krüger a. Gräfenhahn.

Goldne Löwen: Die Hrn. Kaufl. Selwitz a. Berlin, Sollig a. Mühlhausen, Perloff a. Würzen. Hr. Fabrik. Schuch a. Frankfurt. Hr. Stud. Bruns u. Hr. Dr. Cosener a. Posen.

Stadt Hamburg: Die Hrn. Kaufl. Heinert a. Berlin, Claus a. Antwerpen. Hr. Antiquar Schüler a. Dresden. Hr. Rent. de Cripion a. Lyon. Hr. Gutsbes. Hofer a. Niederitz.

Goldne Kugel: Die Hrn. Kaufl. Thon a. Gräfenau, Damm a. Frankfurt. Hr. Prebiger Freygang a. Eilenburg. Hr. Forstbeamter Dehne a. Erier. Hr. Rent. Jansch a. Leipzig.

Bekanntmachungen.

Kiefern-Auction.

Diestag, den 6. Februar d. J., sollen im Schlage Raundorf 300 Stück Brett- und Baustämme meistbietend verkauft werden. Der Sammelplatz ist gedachten Tages Vormittags 10 Uhr auf dem Holz- schlage. Bei der Erstehung ist der vierte Theil des Kaufpreises anzuzahlen. Die übrigen Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Burgkernitz, den 23. Jan. 1849.
 Der Förster Romanus.

Sonntag, als den 28. Januar, ladet zum Pfannkuchenschmaus, Tags vorher zum Anzugschmaus, alle gute Freunde und Gönner ergebenst ein
 Pfaffendorf, den 24. Januar 1849.
 Ch. Dhme.

Traue, Schaue, Wem!

In der 1. Beilage zu Nr. 58 des vorjährigen Wochenblatts hat man sich die Mühe gegeben, Erlebnisse, wie sie in den Novembertagen namentlich in dem Auftreten eines s. g. Sicherheitsaus- schusses (!) an uns vorübergezogen, in einer Weise so motiviren, welche nach unserem Gefühl die Theilhaftigen, so weit diese dessen fähig, so wie jeden ehrlichen und nüchternen Hallenser nur scham- roth machen kann. Gern möchten wir eine solche Emacherei schweigend vergessen; denn Vorgänge so schmachtvoller Art, wie die in Rede stehenden, richten nicht allein sich, ihre Urheber und Theilhaber, sondern eben so jeden Versuch obiger Bemäntelung, allezeit selbst. Die Sache wird aber in Bezug auf die Personen, welche das Phänomen eines solchen Schriftstückes an den Horizont unserer Tage heraufführen konnten, dann von Wichtigkeit, wenn es sich bestätigen sollte, daß unter den Männern, welche bei der Geburt jenes Mondkalbes der lokalen Presse, Hebammenstelle vertreten, einer jener Män- ner genannt werden darf, für dessen Designation zum Volksvertreter in diesen Tagen Stimmen laut geworden sind. Wir meinen den Kaufmann Herrn Jacob und stellen ihm anheim, offen eine Be- theiligung an der fraglichen Autorschaft zu bekennen oder abzulehnen und dadurch zu dokumentiren, wessen man sich für die im Schooße der nächsten Zukunft verborgenen Eventualitäten, von ihm in der Stellung eines Volksdeputirten, — also eines Mannes, der vermöge treuer Gesinnung und un- verrückbar eisernen Sinnes, Unrecht nie zu Recht, und Schande nie zur Ehre verkehren soll! — versehen darf.

Supe, Sekrtr.

Mühlen-Verkauf.

Eine in sehr gutem Zustande befindli- che Mühle mit Pansterzeug, 1 amerikani- schen Cylinder und 1 gewöhnlichen Mahl- gang, Del- und Graupenmühle, 3 Gär-

ten, 1 Weinberg, 1 Obstgarten, 1 große Wiese und Holzflecken, soll sofort für 6000 $\frac{1}{2}$ mit der Hälfte Anzahlung durch W. Strien in Mansfeld verkauft werden.

Anzeige.

Ein in bestem Flor befindliches Material-Geschäft in einer lebhaften Hauptstadt Anhalts soll, weil der Besitzer ein Fabrikgeschäft übernommen, durch Unterzeichneten verkauft werden und soll Reflectanten das Nähere mitgetheilt werden durch den

Bernburg, d. 23. Januar 1849.
Regierungsadvokaten
Dr. Habicht.

Ein Landwirth in den 30er Jahren, der seit Jahren die Oekonomie getrieben, in Pommern so wie in Mecklenburg große Güter zur Zufriedenheit der Herren Prinzipale selbstständig bewirthschaftet hat, was seine Zeugnisse genügend bekunden, auch mit der Brenneret vertraut ist, sucht zum Frühjahr eine Stelle als Guts-Administrator. Frankirte Adressen werden die Herren Eichler & Börsch in Halle entgegen zu nehmen die Güte haben.

Gummi-Heberschuhe mit Leder-
sohlen empfing und empfiehlt in vorzüglicher Güte und Haltbarkeit
C. G. Beyer,
gr. Ulrichsstraße Nr. 74.

In meinem Hause Nr. 1781b in der Taubengasse steht die mittlere Etage anderweitig zu vermieten und zum 1. April d. J. zu beziehen.

Berner, Maurermeister.

Eine ertragute Getreidesäge ist wieder fertig und steht zu verkaufen für 18 Rthl bei dem Schlossermeister Ansin in Eisleben.

Es wird zu Ostern ein Hausmädchen, welches gut nähen kann und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, verlangt. Das Nähere zu erfahren auf dem Rittergute zu Schochwitz.

Getreide-Reinigungs-Maschinen, welche seit 9 Jahren als die zweckmäßigsten anerkannt, versertigt fortwährend, reparirt und nimmt alte auf neue mit an
Stüker, kl. Brauhausgasse Nr. 378.

Einige Pensionaire finden Ostern unter angenehmen Bedingungen gute Aufnahme; wo? sagt die Expedition des Halle'schen Couriers auf mündliche oder schriftliche Anfragen.

Herzogl. concess. Leih-Anstalt in Gröbzig.
Mehrfachen Anfragen zu genügen, zeige ich hierdurch an, daß in meiner Leih-Anstalt jederzeit Pfänder aller Art vom geringsten bis zum höchsten Werthe, unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit angenommen werden.
B. Herzfeld in Gröbzig.

Ein fetter Ochse und 2 Spannferde stehen auf dem früher v. Mauderode'schen Gute in Dberteutschenthal zum Verkauf.

Ein gewandter Hausknecht findet sogleich oder zum 1. Februar einen guten Dienst. Näheres bei Desmann, goldne Kugel.

Sonntag den 28. Januar Pfannkuchenfest bei Müller in Seeben.

Eine freundliche Wohnung, aus 2, 3 oder 4 Stuben nebst Zubehör bestehend, ist in der Mittelwache Nr. 2017 zu vermieten und kann jetzt oder zum 1. April c. bezogen werden.
Lange, Land- u. Stadiger. Sekretair.

Ein Bursche kann jetzt oder zu Ostern bei mir in die Lehre treten.
Fr. Stumpfernagel, Herrenkleidermacher, gr. Schlamm Nr. 955.

Eine Partie hellfarbige Glacé-Sandshuhe offerirt, um damit zu räumen, das Paar zu 4 und 6 Rthl
Fr. Zimmermann,
am Markte.

Weißdorn-Pflanzen.
Auch in diesem Frühjahr werden Bestellungen auf **Weißdorn-Pflanzen** (Sämlinge) angenommen bei
C. H. Nisfel.

Ein Stück gewebtes Zeug ist vor einiger Zeit an der Küstner'schen Mühle angeschwommen. Der Eigenthümer kann sich daselbst melden.

Halle, am 24. Jan. 1849.

Saugferkel, 4 Wochen alt, sind zu verkaufen in der Mühle zu Zappendorf.

Beste Braunkohlensteine zu herabgesetztem Preise bei F. E. Scharre Wwe., Strohhofspitze Nr. 2118.

Einen Offizier-Mantel, Schärpe und zwei Waffenröcke weist zum Verkauf nach
C. Pokelt, Klausihor.

Dem Wunsche mehrerer Gewerke gemäß wird die auf Sonntag den 28. Januar von mir in Vorschlag gebrachte Zusammenkunft der Gewerkschaften des Wettiner Bergamts-Bezirkes auf Mittwoch den 31. Januar verlegt. Der Ort der Zusammenkunft (Thüringer Bahnhof) und die Zeit (Vormittags 11 Uhr) bleiben unverändert.
C. F. Germar.

Beachtenswerth!

Wie und wo man für 8 Rthl Preuß. in Besitz einer baaren Summe von ungefähr

Zweimalhundert tausend Thaler

gelangen kann, darüber ertheilt das unterzeichnete Commissions-Büreau unentgeltlich nähere Auskunft. Das Büreau wird auf desfallige, bis spätestens den 14. Februar d. J. bei ihm eingehende frankirte Anfragen prompte Antwort ertheilen, und erklärt hiermit ausdrücklich, daß, außer des daran zu wendenden geringen Portos von Seiten des Anfragenden, für die vom Commissions-Büreau zu ertheilende nähere Auskunft Niemand irgend etwas zu entrichten hat.

Lübeck, Januar 1849.

Commissions-Büreau,
Petri-Kirchhof Nr. 308 in Lübeck.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Aus dem Kreise Bitterfeld.

Wen sollen wir zum Abgeordneten wählen?

Unser Vertreter bei der Nat.-Versammlung war Hr. Hildenhagen. Niemand wird ihm abprechen wollen, daß er ein bedeutender Mann in jener Versammlung war, niemand, daß er früher viel Freunde und Verehrer in der Nähe und Ferne hatte, niemand, daß noch jetzt Viele seine großen Verehrer sind; aber auch niemand, daß Viele neuerdings einen andern Weg gehen, als Hr. H. Sollen wir ihn nun wieder wählen oder nicht? Daß er es selbst sehr wünscht, kann bei seinen Kundreisen, die er jetzt im Kreise macht, nicht zweifelhaft sein. Sehen wir also zu, ob wir an Hr. H. eine gute Wahl haben werden. Wie erfahren wir dies aber? Ich denke, aus den Grundsätzen, die Hr. H. als Richtschnur seines Handelns bisher treulich befolgt hat, und unbedenklich auch ferner befolgen wird.

Diese Grundsätze sind nun, nach den eignen, vielfachen Äußerungen des Hrn. H. in Schrift und Wort etwa folgende: Constitution auf breiterer, nicht etwa bloß auf schmaler Grundlage; ferner Erlangung einer wahrhaften, nicht etwa bloß einer Schein-Constitution; endlich Erhaltung des constitutionellen Königthums.

Zunächst frage ich: was versteht Hr. H. unter breiterer und was unter einer schmalen Grundlage? Was dem Einen schmal oder sehr schmal erscheint, ist für einen Andern breit oder sehr breit und umgekehrt; dieser Begriff ist ein völlig ungenauer, den sich Jeder nach seiner Weise auslegt, und der uns deshalb im wirklichen Leben nicht weiter bringt. Wir müssen also einen andern Begriff suchen, der passender für das wirkliche Leben ist; und ich meine, wir müssen eine Constitution haben, die den Forderungen des Volkes entspricht. Also nicht mehr und nicht weniger will ich befriedigt wissen, als die Forderungen des Volkes. Diese sind es, welche berücksichtigt sein wollen; werden sie nicht befriedigt, so wird sich das Volk nothwendiger Weise unbehaglich fühlen, unzufrieden sein, und wohl gar mit Gewalt sich auflehnen. Gibt man aber dem Volke in der Constitution mehr, als es fordert und bedarf, so reißt man eine unreife Frucht vom Baume, so füllt man einen schon übersatteten Magen mit immer mehr Speisen an, so fordert man von einem Säugling, daß er kresse, oder von einem A=B=C-Schützen, daß er Professor sein soll. Der bestätigt nicht etwa die Erfahrung aller Zeiten und Orte die Wahrheit dieser Sätze? Was hat es den Negern auf St. Domingo genügt, daß man ihnen die Freiheit schenkte? wurden sie dadurch wirklich frei? Im Gegentheil, erst dadurch zeigten sie sich als wahre Kannibalen. Oder sehen wir bei unsern nächsten Nachbarn zu, wie es die machen. Die Franzosen haben seit 1789 ihr ganzes Staatsgebäude nach einer eingebildeten Freiheit, und ohne Berücksichtigung der Wirklichkeit so oft von Grund aus und wiederholt umgestaltet, daß sie längst das freieste Volk der Erde sein müßten, wenn auf diesem Wege die Freiheit wirklich zu erlangen wäre. Aber das Ende vom Liede ist stets gewesen, daß das Uebermaaß der von den Volksvertretern gegebenen Freiheit, weil es im Volke keine Wurzel fand, nothwendig in seinen Gegensatz umschlug. Kein Mensch kann sich daher auch darüber wundern, daß die Franzosen ihre im Februar neugebaute Republik schon wieder satt haben. Wie haben es aber die Engländer gemacht, um wirkliche Freiheit des ganzen Volkes zu erlangen? und wie machen sie es noch, um immer weiter darin zu kommen? Sie erringen sich die Freiheit Stückweise; d. h. sie achten sehr genau auf die Bedürfnisse und die Forderungen des Volkes, wo diese wahrhaft hervortreten, da werden sie ohne Weiteres befriedigt; das Volk aber erkennt den Werth solcher Freiheiten, und läßt sie sich nicht wieder rauben.

Aus diesen Gründen muß ich daher Hrn. Hildenhagen's Grundsatz von

einer Constitution auf breiterer Grundlage geradezu verwerfen; und eben so auch den folgenden, von einer „Schein-Constitution“, da er lediglich eine Folgerung aus dem ersten ist.

Sehen wir nun zu, wie es mit dem dritten steht; nämlich daß Hr. H. das Königthum erhalten wissen will. Ich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß es Hr. H. mit diesem Grundsatz ehlich meint; aber ich frage ihn, wie er die Befolgung dieses Grundsatzes bei seiner Handlungsweise möglich machen will? Das Bestehen des Thrones beruht eines Theils allerdings auf materiellen Mitteln und namentlich auf der Macht der Bajonnette; aber keine Macht der Erde kann durch diese allein sich erhalten; es muß durchaus eine zweite, moralische Macht, die des Vertrauens, hinzukommen; oder sie stürzt, auch wenn sie noch so riesig sein sollte, als rothe Masse in sich selbst zusammen. Wer also dem Throne das Vertrauen raubt, der untergräbt, gleichviel ob mit oder ohne Absicht, seine stärkste Stütze und bringt ihn früher oder später sicher zum Zusammenstürzen. Das wußten auch die französischen Revolutionsmänner 1793 sehr wohl, und ihre Hauptwaffe gegen den Thron war, daß sie alle von ihm ausgehenden Maßregeln systematisch verdächtigten. Und hat nicht auch ein Theil unserer National-Versammlung, und mit ihr Hr. H., alle Regierungs-Maßregeln von vorn herein als freiheitsfeindlich und von einer „volksverrätherischen Hof-Camarilla“ ausgehend bezeichnet? Ob dieser Verdacht gegründet war, darauf antwortet die Verfassung des 5. Dezember. Ja, ist nicht ein großer Theil der National-Versammlung noch weiter gegen den Thron vorgeschritten, indem er die Regierung durch die beschlossene Steuerverweigerung direct in ihrem Handeln zu hemmen strebte? Oder vertheidigt etwa Hr. H. diese Maßregel nicht noch heute? Und wie will es Hr. H. mit seinem Grundsatz der Erhaltung des Thrones zusammen reimen, wenn er alle Anhänger desselben, sobald sie eine andere Meinung als er selbst haben auf die stärkste Weise verdächtigt?

Hiermit habe ich mich über Hrn. H. Grundsätze ausgesprochen. Aber ich muß, obgleich sehr ungen, auch noch einige Worte über die Art und Weise seiner Handlungsweise im öffentlichen Leben sagen. Es ist dies jene Leidenschaftlichkeit, womit er schlechthin jede andere als seine eigene Meinung verdammt, ja auf wirklich ungerechte Weise verdächtigt, wie dies in seiner „Ansprache an seine Wähler“ wahrhaft trostlos gesehen ist. Es ist ferner jener gefährliche Grundsatz, den Hr. H. wiederholt ausgesprochen: „vor allen Dingen müsse jetzt dem Volke die vollste Freiheit gewährt werden, ihr gebühre im Staats-Organismus der erste Platz, dem Gesetze und der Ordnung erst der zweite; man dürfe daher nicht anstehen, der vollsten Freiheit nachzustreben, auch wenn dies nicht anders möglich sein sollte, als vermittelt eines gewaltsamen Durchgangspunktes. Auch der dreißigjährige Krieg sei doch unstreitig mit einer sehr gewaltsamen Erschütterung verbunden gewesen, dennoch möge er aber um Vieles nicht, daß er nicht da gewesen wäre.“ Es ist endlich jener politische Fanatismus, der Hrn. H. besetzt, d. h. er wendet zur Erreichung politischer Zwecke nicht bloß Verstand und Vernunft an, sondern auch der Politik völlig fremde Mittel, wie namentlich die Religion.

Komme ich nun zu der Beantwortung der Frage: ob wir Hrn. H. zum Abgeordneten wählen wollen, so muß ich dahin antworten: als Abgeordneter wird derselbe ein sehr rüstiger Kämpfer für die Volksfreiheiten sein; aber nicht für jene Freiheiten, die im wirklichen Leben wurzeln, sondern für jenes unbestimmbare Maaß einer eingebildeten, absoluten Freiheit, die sich selbst wieder verschlingt, und um diese Freiheit zu erlangen, scheut er weder Verdächtigungen anders Denkender, noch den empfindlichsten Angriff des Thrones, noch endlich selbst, — ich möchte das Wort lieber nicht aussprechen, — den Bürgerkrieg.

B.

— r.

Bekanntmachungen.

Eine Schmiede, schön gebaut, mit 7 Morgen Feld, die einzige in einem großen Dorfe, 3 Stunden von Halle, sehr vortheilhaft gelegen, soll sofort unter annehmbaren Bedingungen verkauft werden. Näheres bei Supprian in Halle, Leipzigerstraße Nr. 283.

Ein junger Mensch, der calligraphisch gut schreibt und in der Arithmetik nicht unerfahren ist, erhält sofort Beschäftigung Magdeburger Chaussee Nr. 6 parterre.

Ritterguts-Verpachtung.

Ein Rittergut mit schönen Gebäuden, so wie mit 1400 Morgen Areal, soll nebst dem vollständigsten Inventarium auf 12 Jahre von jetzt ab verpachtet werden. Näheres bei Supprian in Halle, Leipzigerstraße Nr. 283.

Junge Mädchen, welche das Puzmachen erlernen wollen, werden angenommen in der Puz- und Modehandlung von Meyer Michaelis, großer Schlamm, Nr. 93.

Zur Besprechung der Wahlangelegenheiten werden die Wahlmänner der Mansfelder Kreise für die zweite Kammer auf Sonntag den 28. Januar Morgens halb elf Uhr im Schiff zu Eisleben eingeladen von

den Wahlmännern der Stadt Eisleben.

Dem Gesang-Vereine zu Solme sagen wir für die uns am 22. d. M. Abends erwiesene Ehre unsern herzlichsten Dank. Haacke. Bornschein. Schleicher.

Die Putz- und Modehandlung von Meyer Michaelis, großer Schlamm Nr. 958, empfiehlt eine große Auswahl von Hauben, Aufsätzen, Schleier, Batist-Taschentücher, gestickte und garnirte Kragen, der verschiedensten und beliebtesten Façons, zu bekannt billigsten Preisen.

Rüneburger-, Elb- u. Pommersche Neunaugen, in $\frac{1}{1}$ u. $\frac{1}{2}$ Sch.-Fässern, empfang bedeutende Zusendungen und empfehle dieselben billigt
Carl Kramm.

In Halle in der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer) — Merseburg bei Garcke — Eisleben bei Reichard — Naumburg bei Weber — Leipzig bei Reclam und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Um in kurzer Zeit ein gebildeter Kaufmann zu werden, ist mit Ueberzeugung zu empfehlen:

Die dritte Auflage der Handlungswissenschaft für Handlungslehrlinge und Handlungsdiener.

Zur leichten Erlernung 1) des Briefwechsels, 2) der Kunstausdrücke, 3) der Handelsgeographie, 4) der Geschichte, 5) der Münz- und Gewichtskunde, und dem Geheimnisse, in kurzer Zeit eine schöne, feste Handschrift zu erlangen, mit 5 Vorschriften erläutert. Herausgegeben von **F. Bohn.**

Saub. br. Dritte sehr verb. Aufl. Preis 25 Sgr.

Der rasche Absatz von 3500 Exemplaren bürgt für die Brauchbarkeit desselben.

Verkauf eines Freiguts mit Vorwerk,

welches sehr gute Gebäude und alle Branchen hat, ein schönes Areal, steht für 45,000 Rthl mit 15 bis 20,000 Rthl Anzahlung zu verkaufen. Ferner zwei freundliche Stadtgüter, eins zu 17,000 Rthl und eins zu 15,000 Rthl, beide haben schöne Grundstücke und große Gärten, so wie angenehme Wohnungen. Auskunft ertheilt Wilhelm Gähler in Schkeuditz.

Ritterguts-Verkauf.

Dasselbe, gut gebaut, mit Ziegelei und Dampfbranntweinbrennerei, 900 Morgen gutem Feld u. Wiesen, 600 M. Forst mit gut bestandenem Holz, soll Verhältnisse halber für 75,000 Rthl verkauft und mit $\frac{1}{2}$ Anzahlung sofort übergeben werden.

Ein Rittergut hiesiger Gegend, für 54,000 Rthl,

Eins dergl., für 52,000 Rthl,

Eins dergl., für 26,000 Rthl,

Eins dergl., für 100,000 Rthl, stehen unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen und das Nähere zu erfahren beim Dekonom u. Commissionair Wilh. Gähler in Schkeuditz.

Verloren.

Eine silberne Cylinderuhr mit vergoldetem Rande, einem Emaille-Zifferblatt und römischen Zahlen, woran ein Uhrschlüssel mit einer kurzen, doppelten, goldenen Perlkette befestigt ist, — ist am Mittwoch Mittag zwischen Croitsch und Dreckente verloren gegangen; — der ehrliche Finder wird gebeten, sie gegen eine gute Belohnung in Halle Scharnstraße Nr. 1355 oder beim Herrn Schulzen Bolke in Croitsch abzugeben. Ein Jeder wird vor ihrem Ankauf gewarnt.

Schlacht-Haus-Verkauf.

Ein Haus, worin die Fleischerei flott betrieben wird, soll wegen Wegzug mit allem Inventar und Zubehörungen nebst Kundschaft sofort für 1500 Rthl verkauft werden durch den Dekonom Wilh. Gähler in Schkeuditz.

Ein kleines Gütchen zwischen Leipzig und Merseburg gelegen, mit 22 Morgen Feld, einem $\frac{1}{2}$ Morgen großen Obst- und Grasgarten, guten Gebäuden, soll für 2400 Rthl verkauft werden. Schkeuditz, d. 24. Jan. 1849. W. Gähler.

Ein Dekonomie-Lehrling wird gesucht. Wo? ist zu erfahren bei A. Eichler, große Ulrichsstraße Nr. 19.

Ein sechsjähriges und fehlerfreies Pferd, Gradiger Gestüte, steht zu verkaufen bei Wolff in Müllerdorf.

Ein Kandidat der Philologie, mit guten Zeugnissen versehen, wünscht sofort eine Stellung als Hauslehrer. Anerbietungen unter der Adresse: O. S. Halle a/S. poste restante franco.

Tyroler Sänger-Familie Kilian. Sonntag den 28. d. Mts. Concert in Merseburg im Thüringer Hof. Anfang 3 Uhr. Kilian.

Auf dem Rittergute Petersrode wird zum 1. April d. J. ein anständiges junges Mädchen, die nicht mehr ganz unerfahren in der Haus- und Wolkens-Wirthschaft und mit guten Empfehlungen versehen ist, gesucht, und kann sich daselbst zu jeder Zeit melden.

Ein in Baumzucht und Gemüsebau erfahrener Gärtner findet f. Dstern einen guten Dienst. Näheres bei Demler, Halle Klausstraße Nr. 877.

1500, 700 und 500 Rthl sind auszuliefern. A. Kuckenburger.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung seines Sohnes Eduard Scharf mit Fräulein Maria Kramer zeigt, jedoch nur auf diesem Wege, hiermit ergebenst an

Dürrenberg, den 24. Januar 1849.
G. Scharf,
Oberamtmann.

Als Verlobte empfehlen sich
Maria Kramer,
Eduard Scharf.
Kleinkorbetha u. Dürrenberg.

Erklärung.

Da ich in der am Sonnabend den 20. Januar zu Stumsdorf stattgehabten Volksversammlung verhindert wurde, die Rede des Herrn Hildenhagen zu beantworten, so sehe ich mich veranlaßt, dasselbe nachträglich schriftlich zu thun.

Der Herr Hildenhagen theilte seine Rede in die Hauptabtheilungen ein :

- 1) Vertheidigung des Wirkens der vereinbarenden Versammlung,
 - 2) Angriffe gegen die gegebene Verfassung und deren Anhänger.
- Von Hause aus überraschte uns der Ausdruck des Herrn Redners höchlichst, „er fürchte sich vor keinem Landrath.“ Dieser Ausdruck mußte wohl mit Recht jedes gebildete und jedes sittliche Gefühl verletzen.

Der Redner behauptete und suchte zu beweisen, die Thätigkeit, die Thätigkeit, die Redlichkeit der vereinbarenden Versammlung. Was bedarf es weitern sorgfältigen Widerlegens? Wie! Hat uns unser Gedächtniß verlassen? Haben unsere Augen nicht gelesen und unsere Ohren nicht gehört, was in Berlin und durch die Nationalversammlung vorgegangen ist?

Es sollte eine vereinbarende sein und sie setzte sich über den König, indem sie die Minister absetzte, indem sie sich fortgesetzt in die Regierung mischte; es sollte eine vereinbarende sein und sie versuchte es, der Krone organische Gesetze und die Verfassung abzuwingen; — es sollte eine Versammlung sein, welche die Revolution beenden und einen neuen Bund zwischen Krone und Volk schließen sollte und die den Weg der Reform begründen und ebnen sollte, — statt dessen nahm sie sich überall im Vaterlande der Revolutionen und Empörungen an, — in Posen, Schlesien, ja in Wien — und schleuderte selbst in den letzten Tagen die Brandfackel des Aufruhrs offen in das Land. Es sollte eine Versammlung sein, die da Treue bewies gegen das Vaterland und sie duldete es, daß Mitglieder aus ihrer Versammlung, Vertreter des Volkes, von fanatischen Haufen, außerhalb des Sitzungs-Locals beleidigt und gemißhandelt und dadurch innerhalb der Sitzung indirekt bei der Abstimmung gezwungen wurden. Die Thatsachen reden, mögen auch geschäftige Hände sie weg zu waschen und weg zu wischen versuchen. — Die Geschichte wird sie aufbewahren; eine große Anzahl von Mitgliedern der vereinbarenden Versammlung trifft der schmachliche Vorwurf, ihre Mitbrüder, ihre Mitabgeordnete des Volks verrathen und dadurch einen Treubruch begangen zu haben gegen das ganze Volk. Damals trat keiner auf von den Herren, die später gegen das Militär eine so großartige Stellung einnahmen und demselben zudonnerten :

„Willst Du Hand anlegen, an die geheiligte Person des Vertreters Deines Volkes?“ —

Damals trat keiner von ihnen auf, gegen die rasende Menge, die ihren Mit-Abgeordneten drohete mit Beil und Strick! —

Nein, sie lachten! und ließen sie im Stich. Auf welcher Seite ist es da „Pfui“ zu rufen? Der 9., 14., 15. Juni, 7. September, 31. October werden durch keine blumenreichen Redensarten ausgelöscht werden.

Wohlan, das Volk hat gerichtet, denn es hat die Auflösung der vereinbarenden Versammlung und die Decropirung einer Verfassung von Seiten der Krone aufgenommen mit Freude oder Zufriedenheit. Mögen die Mitglieder der Nationalversammlung fleißig gewesen sein, — aber den rechten Fleiß haben sie nicht gekannt; für eine Wohlthat dem Vaterlande haben sie ihm hundert Wunden geschlagen, — sodann war ihre Thätigkeit mehr auf Nebensachen als auf die Hauptsachen gerichtet. Hr. Hildenhagen behauptete, daß die organischen Gesetze und die Verfassung sich verhielten, wie der Grund zum Ausbau eines Hauses und deshalb? — hätten die organischen Gesetze eher gemacht werden müssen, als die Verfassung: — Sonderbarer Schluß, sonderbare Logik; ich hätte gedacht, der Grund eines Hauses müßte eher gelegt werden, ehe der Ausbau vorgenommen, — die Mauern und Wände eher festgestellt, ehe die Stuben eingerichtet werden könnten. — Doch der Redner scheint in eine kleine moderne Begriffs-Verwickelung gekommen zu sein; er vermischt die Zeit des Bauens und des Hineinziehens in die Wohnung! —

Allerdings zum Hineinziehen in eine Wohnung, um dort zu wohnen, muß das Haus ganz eingerichtet sein, — aber wenn es gebauet wird, so kann man nicht mit der innern Einrichtung anfangen, sondern mit der Grundlage.

Zur vollständigen neuen Einrichtung des Staats gehört zuvörderst die Grundlage, die allgemeinen Prinzipien und dann die Ausführung, die Anwendung, die organischen Gesetze. Die Nothwendigkeit der organischen Gesetze zu leugnen, wäre ein Unsinn. — Nur daß die vereinbarende Versammlung die Hauptaufgabe hatte, den Grund zu legen, die allgemeinen Prinzipien aufzustellen; das Andere fand sich dann von selbst und konnte eben so gut von der nächsten Versammlung gemacht werden, als von der ersten. Es ist auch so der Hergang bei Staatsreformen in allen civilisirten Ländern. Bei den Belgischen, Norwegischen, Amerikanischen, Französischen Staatseinrichtungen war überall zuvörderst die Verfassung gemacht und die organischen Gesetze folgten nach. —

Aber die vereinbarende Versammlung wollte Alles selbst machen und sie konnte nie die Zeit erwarten, — in stürmischer Eile wollte sie Geschichte machen, überall aber hatte sie mehr Passion zum Regieren, als zur Verfassung, und überall wollte sie mehr einreißen, als aufbauen. Die vereinbarende Versammlung war durchaus unpraktisch! Was ist ihre Bezeichnung von radicaler Umgestaltung? — was heißt das? Radicale Umgestaltung, also Vertilgung alles Alten bis zur Wurzel! — wie

kann auf ein solches Fundament ein haltbares Gebäude gestellt werden. Alle Uebergänge im Menschenleben, wie in der Natur, bedürfen der Vermittelung; man kann eine neue Verfassung geben, die total andere Zustände schafft, wie die früheren — aber eine solche kann nur ausgehen von der Minorität, kann der Majorität nie zusagen; die Verfassung ist eine neue, die Menschen sind die alten; die alten Zustände und alten Gewohnheiten werden nicht abgelegt, wie man ein altes Kleidungsstück abwirft. — Die Entwicklung muß eine stetige sein. Doch genug nun von dem Wirken der vereinbarenden Versammlung, wenden wir uns zu der octroyirten Verfassung, zu den Verdächtigungen, die gegen dieselbe ausgestreuet werden, und zu den Ausfällen auf ihre ausgesprochenen Anhänger. —

Die Verfassung wird als nicht freisinnig bezeichnet, und ihre offenen Anhänger werden beschuldigt, sie würden das Unfreisinnige darin befestigen und ihr ein Uebergewicht verleihen! —

Wer da sucht, der wird finden! das ist ein alter wahrer Spruch, so wird es auch wohl gelingen, Mängel an der Verfassung zu entdecken, — schwieriger ist die Behauptung, daß die sogenannte conservative Partei das Unfreisinnige befestigen wolle. — Hier geht die Vermuthung auf Sie und Absichten dritter Personen, und da sind Auffstellungen unsicher. Nach Herrn Hildenhagen soll nun §. 108 der Verfassung das Artikel 98 verliehene Steuer-Bewilligungs-Recht, wenigstens scheinbar, (wie er selbst sagt) nur auf außerordentliche Steuern beschränken.

Der §. 108. lautet:

„Die bestehenden Steuern werden fort erhoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetz-Bücher, einzelner Gesetze und alle, durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.“

§. 98. lautet:

„Alle Einnahmen und Ausgaben des Jahres müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staats-Haushalts-Etat gebracht werden; letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“

Also §. 98. wird nach Herrn Hildenhagen durch §. 108. aufgehoben.

Zuvörderst darf ich nicht unerwähnt lassen, daß der, von der vereinbarenden Versammlung gemachte Commissions-Entwurf in §. 109. also lautet:

„Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert worden.“

Dieser §. des Commissions-Entwurfs, der von der National-Versammlung selbst ausgegangen ist, sagt wohl eigentlich dasselbe, was §. 108. unserer octroyirten Verfassung sagt? — es mag also der angezogene §. doch nicht so verhänglich sein? — Aber, was heißt er eigentlich, wenn man ihn nimmt, wie er zum Ganzen paßt (und der geehrte Redner warnte selbst davor, Einzelnes aus dem Ganzen heraus zu reißen); — er heißt: „Bis die Verfassung revidirt und bestätigt und die neuen organischen Gesetze fertig sind, gelten die alten Steuern und Ge-

setze! — Und in der That, ist das nicht ganz in der Ordnung? —

Durch Artikel 105. wird nach Herrn Hildenhagen die §. 59. gewährte Verantwortlichkeit der Minister aufgehoben.

§. 105. lautet:

„Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.“

Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden; dieselben sind aber den nächsten Kammern sofort zur Genehmigung vorzulegen.“ —

Hierin ist doch grade die Verantwortlichkeit der Minister ausgesprochen und einseitige Handlungen der Regierung sind an die nachfolgende Genehmigung der Kammern geknüpft. — Wie der, diesen §. gemachte Vorwurf zu verstehen ist, ist schwer zu begreifen! —

Durch Artikel 110. soll nach Herrn Hildenhagen, nach der neuen Erfindung des Belagerungs-Zustandes, die zeitweise Aufhebung der wichtigsten Rechte des Volkes (persönliche Freiheit, Redefreiheit, Versammlungsrecht) in die Hand eines Generals oder Ministers gelegt werden! —

Der Artikel 110. lautet:

„Für den Fall eines Aufruhrs oder Kriegs können die Artikel 5. 6. 7. 24. 25. 26. 27. 28. der Verfassungs-Urkunde zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden; die näheren Bestimmungen bleiben einem besondern Gesetze überlassen“ u. s. w.

Der Commissions-Entwurf sagt darüber im §. 110.:

„Für den Fall eines Kriegs oder Aufruhrs kann durch ein besonderes Gesetz eine zeit- und distriktweise Aufhebung der Artikel 5. 13 und 26. der Verfassungs-Urkunde längstens bis zur nächsten Kammer Sitzung ausgesprochen werden. Sind in diesem Falle die Kammern nicht versammelt, so kann auf Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staats-Ministeriums jene Suspension provisorisch ausgesprochen werden. Die Kammern sind in diesem Falle sofort zu berufen.“

Im Wesentlichen sagen beide §§. dasselbe, nur daß der des Commissions-Entwurfs ausführlicher ist, als der der Verfassungs-Urkunde — und daß der §. der Verfassungs-Urkunde noch ein besonderes Gesetz darüber bei der Revision der Verfassung erfordert, — während in dem §. des Commissions-Entwurfs schon Alles gesagt ist. Wer kann nun behaupten, daß das angedeutete besondere, hierauf bezügliche Gesetz nicht so ausfallen werde, wie der Inhalt des Commissions-Entwurfs? — wer kann von den revidirenden Kammern im Voraus behaupten, daß sie das Gesetz nicht so verfassen werden, daß es zum Geist der ganzen Verfassung passen, daß die freisinnige Verfassung keine Wahrheit werde? — Das ist eine Vermuthung, ohne Begründung; das ist mit einem Worte: „gar nichts gesagt“ —. Daß übrigens im Falle eines Aufruhrs



und Krieges genannte Rechte suspendirt werden, ist eine Nothwendigkeit und haben es auch die meisten freisinnigen Verfassungen aufgenommen. So z. B. lautet ein Artikel unter den allgemeinen Bestimmungen der nordamerikanischen Verfassung:

„Die Habeas-Corpus-Acte soll nicht eher suspendirt werden, als wenn es im Fall einer Rebellion oder eines Angriffs die öffentliche Sicherheit nöthig macht.“

Ferner tadelte Herr Hildenhagen die bereits erlassenen Special-Gesetze. Zuvörderst greift er das Wahlgesetz an, wegen der großen Wahl-Bezirke und wegen des Censur — Was die großen Wahl-Bezirke betrifft — so ist es gewiß im Interesse des Volkes, daß die öffentliche Meinung, die Volksstimme in größtmöglicher Ausdehnung gehört werde; daß derjenige, der zum Abgeordneten gewählt und das ganze Volk vertreten soll — auch das Vertrauen von einem größtmöglichen Theile des Volkes genieße. Eine Erschwerung findet statt nur für die Herren Abgeordneten —, aber es handelt sich um das Volk, das vertreten wird, nicht um die Herren Abgeordneten — und da ist eine Erschwerung, eine größere Genauigkeit und Sorgfalt sehr von Nöthen. Freilich manche Herren möchten, daß ihnen gar keine Hindernisse in den Weg gelegt würden, um im Namen des Volkes, das Volk zu beherrschen! — Den Censur anlangend, so ist nach meiner Ansicht auch der Censur ein übles Ding und nach meinem Dafürhalten wäre es überall besser, (wie ich schon anderwärts ausgesprochen) eine Vertretung nach Klassen zu ergreifen.

Aber die Haupt-Thätigkeit der Kammern bezieht sich immer auf die Eigenthums-Verhältnisse. Wenn die Vermögenden aber davon berührt werden; so ist es auch in der Ordnung, daß sie ihre Stimme dazu mit abgeben. Nun giebt die jetzige Zusammensetzung der 2ten Kammer gar keine Garantie, daß Besizende hineinkommen; es können (und in der Regel wird es der Fall sein) mit Majorität Besizlose hinein kommen; sie können nun dem Besizenden Erschwerungen auflegen, daß sie zu Grunde gehen; ihnen schadet's nichts, — denn wer nichts hat, kann nichts verlieren. Da muß aber ein Gegengewicht da sein — und so muß, wenn die zweite Kammer gar keine Garantie bietet, in der ersten Kammer eine Art von Schutz für das Eigenthum und den Besiz gegeben sein.

In Belgien, England, ja in den meisten Staaten Nord-Amerika's besteht ein Censur.

Also entweder man richtet eine Repräsentation ein nach Klassen und dann braucht man keinen Censur — oder man mache eine Kammer mit ganz freier Wahl — dann braucht man einen Censur daneben.

Nun ist die Sorge nur die, daß der Censur nicht zu hoch sei, damit nicht bloß die Reichen, sondern auch die kleinen Besizer zur Wahl berechtigt sind — und das ist bei unserm Wahlgesetz.

Der Censur ist wahrlich nicht hoch und von einer Aristokratie in dieser Beziehung zu reden, bei einem Einkommen von 500 Thlrn. ist lächerlich —; ja es ist unrecht. Es wird dadurch, und Herr Hildenhagen scheint sich mit Absicht auf diesen Punkt gesetzt zu haben, ein Gegensatz im Volke gemacht,

der im höchsten Grade gemeinschädlich ist. Indem Herr Hildenhagen die Aristokratie und zwar die eben bezeichnete dem Volke gegenüber stellt —, giebt er zu verstehen, daß er nur die Besizlosen für das Volk halte und alle Besizenden, auch die kleinen Besizer für außerhalb des Volkes stehend, betrachte. Dadurch wird der Kampf heraufbeschworen zwischen den Besizenden und Unbesizenden, — dadurch wird das Eigenthum zu einem Unrecht erklärt, — dadurch hat sich Herr Hildenhagen thatsächlich auf den Boden des Communismus gestellt. — Aber merkt es Euch Ihr Besizer alle, ob Groß oder Klein, — wenn erst der Zwiespalt zwischen Besizlosen und Besizenden ausgebrochen, — der Haß erst ausgebrochen gegen das Eigenthum, — dann fällt Ihr Alle — und mit uns das ganze Vaterland! —

Was ich hier vom Censur gesagt habe, gilt bei allen übrigen Staats-Einrichtungen; entweder Klassen oder einen geringen Censur. Es beruht die Forderung des Herrn Hildenhagen von einer Wahl ohne allen Censur, ohne alle Garantien auch auf einer ferneren Unrichtigkeit. Das Nivellirungsprincip ist unwahr und unpraktisch; die Gleichheit kann nie eine vollkommene, nur neu eine annähernde sein; die Natur zeigt überall Ungleichheit und Stufen und wenn wir Menschen uns im Leben auf den Standpunkte absoluter Gleichheit setzen wollten; so müßten wir Alle gleich an Körper und Geist sein — aber das sind wir nicht. —

Weiterhin verlangt nun Herr Hildenhagen, daß alle übrigen organischen Gesetze wahrhaft volksthümlich werden sollen und zweifelt, daß eine andere Partei, als die Seinige, dies Ziel erstreben werde. — Was er unter wahrhaft volksthümlich verstehe, sagt er nicht; er deutete nur gelegentlich an, durch Bezeichnungen, wie radikale Veränderungen, vollständige Gleichheit, und behauptete, daß der ganze Geist der octroyirten Verfassung nicht wahrhaft freisinnig, wahrhaft volksthümlich sei.

So behauptet er denn, daß nur seine Partei die Revision der Verfassung wahrhaft im Interesse des Volkes werde vornehmen können und wollen. Seine Partei wolle einen andern Geist in die Verfassung und die organischen Gesetze bringen; allerdings, aber sie wollen nicht: „die Verfassung von vorn herein verwerfen“, und verlas er in dieser Beziehung das Programm des Berliner Wahl-Comités für volksthümliche Wahlen, worin dasselbe erwähnt und auch der Ausdruck gebraucht ist: „sie wollten nicht von vorn herein die Verfassung verwerfen.“ — Ueber den Geist, den Herr Hildenhagen hervorhebt, — habe ich mich schon vorhin ausgesprochen; dieser Geist der Radicalveränderungen und des Nivellirens —, diesen halte ich für unwahr, unpraktisch — für dem Volke schädlich — ich stelle mich auf den Boden der organischen Entwicklung und der annähernden Gleichheit. — Die Bezeichnung aber: „die Verfassung nicht von vorn herein umstoßen zu wollen“, veranlaßt mich noch zu einer Nebenbemerkung. — Was soll das heißen und was ist die nothwendige Folge? — Wenn da gesagt ist: „von vorn herein wollen wir nicht umstoßen, so liegt die Folge auf der Hand“, aber hintennach. — Also hintennach soll umgestoßen werden, und doch wird be-

hauptet, man erkenne die Verfassung an; ist das nicht eine Täuschung? — Der Herr Hildenhagen greift endlich das Bitterfelder Wahl-Comité an — und nennt die Mitglieder und Gesinnungsgenossen Scheinconstitutionelle. Was mit Scheinconstitutionell gesagt sein soll, ist unklar, und Herr Hildenhagen hat doch selbst in seiner Rede erwähnt, man solle nur ja keine allgemeinen mißdeutigen und vieldeutigen Ausdrücke gebrauchen. Vom Bitterfelder Wahl-Comité und Gesinnungsgenossen sagt er: „sie vergäßen die breitesten Grundlagen, sie wären zufrieden mit der Verfassung auf schmalen Grundlagen, und sie wollten vor Allem mit der Regierung Hand in Hand gehen, sie wollten keine reelle Abhülfe der persönlichen Lasten; — keine wahre Gleichheit vor dem Gesetz, — keine Verbesserung des Looses der Armen &c. — — und sie seien abgestorben und nur in ihm und seiner Partei lebe und webe noch der Frühling des Volkes.“ —

Das Programm des Bitterfelder Wahl-Comités lautet:

- 1) „Anerkennung der Verfassung vom 5. December 1848, als alleinige Grundlage der staatlichen Verhältnisse, Unterwerfung derselben der Revision nach Artikel 112 und des weiteren Ausbaues nach Artikel 106;
- 2) Forderung entschiedener Freisinnigkeit mit politischer Einsicht, Mäßigung &c.;
- 3) Festhalten an der revidirten Verfassung.“ —

Run bitte ich, vergleiche man dieses Programm mit den Vermuthungen, die Herr Hildenhagen in die Seelen der zu diesem Programm gehörenden Befenner geworfen; man vergleiche und prüfe genau und ausführlich die octroyirte Verfassung, wie sie ist, nicht im Auszuge und der Auslegung, sondern wahr und unverkümmert — und nun frage ich, ob die Beschuldigung, daß das Bitterfelder Comité dem Volke die wahren und wirklich vom Volke ersuchten Freiheiten verkümmern wolle, — gegründet ist, und man urtheile, ob die Voraussetzungen, daß die Partei so handeln wolle, auf irgend einem Grunde beruht. —

Zum Schluß eine thatsächliche kurze Vergleichung der Partei des Herrn Hildenhagen und der des Bitterfelder Wahl-Comités:

- Herr Hildenhagen hat 2 Stunden geredet und gele-
- sen, und ist von der andern Partei nicht im Mindesten
- unterbrochen — und als ein Glied der andern Partei
- nach ihm auftrat, wurde dasselbe durch Lärm und Ge-
- schrei gehindert und gestört, — Drohungen aller Art wur-
- den ausgestoßen, und als die Versammlung geschlossen
- werden mußte, — stellte sich die Partei der Störung im
- Freien zusammen und sang in sittlicher Begeisterung das
- alte ehrwürdige Lied: „Eine feste Burg ist unser Gott &c.“

W. v. Beltheim.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

lung
stell
wese
erklä
Zeit
Er
blit
sagt
gen
er,
Pha
Rep
gefa
lung
Wid
Die
Hest
Eriu
Wor
den
richt
für
wurl
Gest
zwei
selbe
seine
trag
kam
Reid
die g
Wim
schen
Es i
versa
schen
richte

